

HEDGEFONDS

Das Haus der Heuschrecken

Das brachiale Treiben rund um die Deutsche Börse hat ein Nachspiel: Politik und Finanzaufsicht setzen die siegreichen Fondsmanager unter Druck. Wurde hinter den Kulissen gekungelt?

Im Erdgeschossladen des Klinkerbaus im Londoner Stadtteil Mayfair hängen an einer langen Stange Anzüge von Hugo Boss. Zwei Stockwerke darüber arbeitet ein Dutzend junger Finanzstrategen, zu denen die lässigen Zweiteiler durchaus passen.

Die Atmosphäre in der umgebauten Dreizimmerwohnung ist entspannt, obwohl hier vier Investmentgesellschaften eine Art Gemeinschaftsbüro unterhalten. Die Bildschirme an den engen Händlertischen waren am vergangenen Donnerstag erloschen. Alle warteten auf Christopher Hohn, 38, der sich auf dem Rückflug von einer Amerika-Reise befand.

Zumindest hier ist Hohn, Chef des Hedgefonds The Children's Investment Fund (TCI), ein wahrer Held. Dank einer Jahresrendite von 43 Prozent wurde TCI vergangenes Jahr in London zum Fonds des Jahres gewählt.

Und spätestens seit Pfingsten hat Hohn auch bei deutschen Vorständen, Aufsichtsräten und Politikern einen Ruf wie Donnerhall. Kurz zuvor nämlich zwang er Werner Seifert, den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Börse, zum Rücktritt. Rolf Breuer, Aufsichtsratsboss der Börse und früher mal Vorstandssprecher der Deutschen Bank, darf von Hohns Gnaden noch ein bisschen weitermachen.

Großherzig hat der 38-Jährige dem altgedienten Banker zugesichert, dass TCI ihn bei der Hauptversammlung am Mittwoch dieser Woche doch nicht abwählen wird. Man sei ja kein Unmensch.

Doch seit dem brachialen Vorgehen des jugendlichen Briten beschwören manche deutschen Politiker, Manager und Medien endgültig das Ende der Deutschland AG. „Staatsfeind Nr.1“ titelte die „Wirtschaftswoche“, was durchaus anerkennend gemeint war, denn zugleich empfahl das Blatt Hohn fürs Bundesverdienstkreuz.



Frankfurter Börse: „Wie ein Pirat auf den Sturm gewartet“



Hedgefonds-Manager Hohn
„Eine Art Martin Luther des Kapitalismus“

Für die SPD-Linke ist er derweil die Inkarnation einer Wanderheuschrecke, für andere der große Reformator, „eine Art Martin Luther des Kapitalismus“, so der Wirtschaftsprofessor Michael Adams fast ehrfürchtig.

Die Diskussion in Deutschland hat den Investmentmanager, von dem bis vor kurzem nicht einmal ein öffentliches Bild existierte, erschreckt. Empört verweist er auf den aktuellen Titel der IG-Metall-Mitgliederzeitschrift, der Heuschrecken in Anzügen mit langen Nasen und überquellenden Geldkoffern zeigt. „Ich finde diesen Cartoon antisemitisch und abscheulich“, sagt er mehrmals mit großem Nachdruck.

Er sei „bescheiden, uneitel und hochintelligent“, beschreibt ihn der frühere Unions-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz, der ihm jetzt als Anwalt, Lobbyist und Aufsichtsrat in spe bei der Schlacht um die Deutsche Börse zur Seite steht.

Merz könnte noch viel zu tun bekommen, denn inzwischen formiert sich eine breite Phalanx, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Bonn bis zur Berliner Regierung reicht. Die BaFin will Hohns Feldzug gegen die Frankfurter Börse erst nachzeichnen und den Manager dann womöglich zur Rechenschaft ziehen.

Als Seifert im Dezember seinen Übernahmever such der Londoner Börse ankündigt, hatte Hohn bereits wenige Prozent der Aktien der Deutschen Börse erworben. „Er hat wie ein Pirat auf hoher See auf den Sturm gewartet, um das Boot zu kapern“, beschreibt ein Beobachter die Taktik. Die Aktien waren damals relativ billig, weil viele Investoren damit rechneten, dass Seifert einen teuren Übernahmever such starten würde.

Dann verschickte Hohn sein Gegenmodell an befreundete Hedgefonds, aber auch an Investmentfonds wie die amerikanische Capital Group. Wenn es gelänge, die Übernahme zu verhindern und Seifert zu zwingen, seine angehäuften Reserven an die Aktionäre auszuschütten, werde ein Geldregen auf sie hernieder gehen, so sein Kalkül. In Hohns Modellen tauchte nach Angaben von Insidern immer wieder die Zahl 84 auf – bis auf 84 Euro soll der Aktienkurs der Deutschen Börse ansteigen.

Dafür brauchte er Verbündete. Selbst wenn sein Fonds TCI mitt-

lerweile drei Milliarden Dollar bei Pensionskassen und reichen Privatleuten eingesammelt hat, wird selbst ein risikobereiter Hedgefonds wie TCI nicht alle Eier in ein Nest legen.

Seine Strategie muss überzeugend gewesen sein. „Plötzlich hatten alle die 84 in ihren Modellen“, berichtet ein Insider. Bevor er sich Anfang 2004 mit seinem eigenen Fonds selbständig machte, hatte Hohn den Perry European Fund der US-Fondsgesellschaft Perry Capital mitgeleitet und sich dabei den Ruf als einer der aggressivsten Geldmanager in der Londoner City erworben.

Immer mehr Investoren, die nichts von den Hintergründen wussten, verkauften zu steigenden Kursen. Stattdessen stiegen Hedgefonds wie Atticus mit über fünf Prozent ein, TCI erhöhte seinen Anteil bis auf rund acht Prozent.

Als viele Investoren in nahezu gleichlautenden Briefen ihren Widerstand gegen die Übernahme der Londoner Börse anmeldeten, merkten die Manager der Deutschen Börse auf. „Die Briefschreiber sind alle in die gleiche englische Grammatikschule gegangen“, sagt einer, der sie gelesen hat.

Diese Briefe liegen mittlerweile auch der BaFin vor. Sie haben zusammen mit den verblüffend ähnlichen Investorenmodellen bei den Bonner Finanzaufsehern den Verdacht erhärtet, dass die Fonds bei ihrem Einstieg in die Deutsche-Börse-Aktien gemeinsam agiert haben.

„Wir haben positive Anhaltspunkte, dass bei ihnen eine Zweckgemeinschaft vorliegt“, sagt BaFin-Präsident Jochen Sanio. Er hat TCI und den anderen Investoren einen Fragenkatalog geschickt mit der Bitte um baldige Stellungnahme.

Die BaFin will nachweisen, dass Aktionäre mit zusammen mindestens 30 Prozent der Stimmrechte nach einem gemeinsamen Plan gehandelt haben. Dann aber hätten sie ein Übernahmeangebot für alle Aktien der Deutsche Börse abgeben müssen, was Hedgefonds nie anstreben. Sie wollen mit möglichst wenig Aufwand möglichst viel Wirbel erzeugen. Mit der 30-Prozent-Regel aber wollte der deutsche Gesetzgeber, wie international durchaus üblich, eine Ungleichbehandlung der ahnungslosen Kleinaktionäre verhindern.

TCI-Manager halten das Vorgehen der BaFin dagegen für ein politisch motiviertes Manöver. Es sei völlig legal, Investitionsmodelle an andere Investoren zu schicken und sich mit ihnen auszutauschen. Und etliche Briefe habe TCI im Internet veröffentlicht. Da hätten vielleicht andere beschrieben.

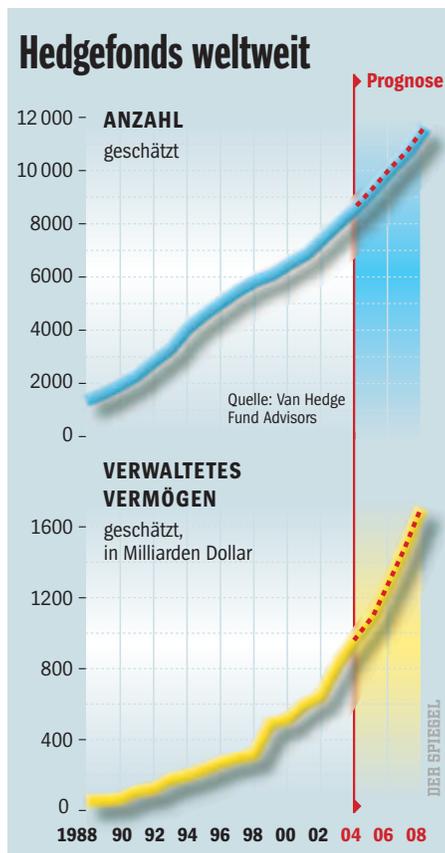
Die Gesetzeslage ist äußerst schwammig. Es gibt bisher lediglich zwei Urteile von Oberlandesgerichten, die sich zudem auch noch widersprechen. BaFin-Chef Sanio will jedenfalls bei der Bundesregierung erreichen, dass die Beweishürden für solch ein abgestimmtes Verhalten gesenkt werden.



Deutsche-Börse-Chef Seifert
Zum Rücktritt gezwungen

Immerhin: Die Nähe der Adressen stimmt nachdenklich. Im März kontrollierte der Hedgefonds Parvus Asset Management einen Anteil von 0,4 Prozent an den Deutsche-Börse-Aktien, Urwick Capital besaß 0,5 Prozent. Beide residieren ebenfalls in der Bürogemeinschaft mit TCI.

Ein Stockwerk unterhalb im selben Objekt in Mayfair hat einer der größten Hedgefonds, Och-Ziff, ein Büro. Die sollen, so heißt es in der Londoner Finanzszene,



im April knapp fünf Prozent der Aktien besessen haben. Es scheint ein Haus voller „Heuschrecken“ zu sein.

Dabei hat Hohns Unternehmen seinen juristischen Sitz wie die meisten anderen offiziell auf den Cayman Islands. Einziger Auftrag: für den Investor möglichst viel Gewinn machen. Hohn lässt immerhin über die Wohltätigkeitsorganisation seiner Frau Aids-Waisen in Afrika und Indien an den Millionen-Ausschüttungen teilhaben.

Doch das reicht Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht. Die Hedgefonds sollen künftig genauer unter die Lupe genommen und strenger kontrolliert werden. Nur wie die Macht dieser milliarden schweren Spekulanten auf nationaler Ebene beschnitten werden soll, ist dem Kanzler selbst noch ein Rätsel.

Aufklärung verspricht er sich von einer regierungsinternen Arbeitsgruppe aus Experten im Finanz-, Wirtschafts- und Justizministerium, die er Ende vergangener Woche beauftragt hat, möglichst konkrete Vorschläge zur Kontrolle von Hedgefonds zu erarbeiten. Bereits in gut zwei Wochen soll die Truppe erste Ergebnisse im Kanzleramt präsentieren.

Und schon jetzt zeichnet sich ein heftiger Konflikt zwischen dem federführenden Finanzministerium und dem Kanzleramt ab. Denn während Hans Eichel eine „europäische Harmonisierung von Hedgefonds“ favorisiert, erwartet Bundeskanzler Schröder eine nationale Initiative. „Der schlichte Hinweis auf Europa reicht nicht. Es muss konkrete Gesetzesänderungen geben“, sagt ein enger Wirtschaftsberater des Regierungschefs.

Schröders Berater diskutieren gleich mehrere Optionen. Ganz oben auf der Vorschlagsliste steht eine Änderung der Transparenzpflicht. Danach sollen Hedgefonds offen legen müssen, in welchem Umfang sie kurzfristige und spekulative Aktiengeschäfte getätigt haben.

Doch auch das kann eigentlich nur international funktionieren. „Nationale Regulierungsansätze drohen zunehmend ins Leere zu laufen“, sagt Bundesbank-Vorstand Edgar Meister.

Zudem überlegt das Kanzleramt, den Fondsmanagern erst nach einer bestimmten Frist ein Stimmrecht einzuräumen. Damit soll verhindert werden, dass Hedgefonds nur kurz Aktien halten, um sie schnell mit möglichst hohem Gewinn wieder zu verschern. Doch mittlerweile haben auch die Experten im Kanzleramt verstanden, dass diese Idee nicht ohne Probleme ist. „Niemand weiß, ob hinter einem Aktienkauf ein guter Investor oder ein spekulativer Hedgefonds steckt“, heißt es in der Regierungszentrale.

Hohn jedenfalls will zu den Guten gehören. Entgegen der Unterstellungen habe sein Fonds schließlich noch keine einzige Aktie verkauft. Noch nicht.

SVEN AFHÜPPE, CHRISTOPH PAULY